

Nahwärme in Gemündens Altstadt kern

Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie für die Nahwärmeversorgung zeigen Rentabilität nach wenigen Jahren

Lohnt es sich, rund zwölf öffentliche Gebäude in Gemünden künftig mit Nahwärme zu versorgen? Die Stadt hat zur Beantwortung dieser Frage eine Konzeptstudie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis lautet nach Bürgermeister Frank Gleim: „Es macht Sinn, weiter darüber zu befinden.“

VON SIMONE SCHWALM

Gemünden. Für Gemündens Bürgermeister Frank Gleim ist „jetzt ein guter Zeitpunkt“, über die Nahwärme-Versorgung öffentlicher Gebäude zu beraten, denn: „In den nächsten fünf bis zehn Jahren müssen die Heizungsanlagen der städtischen Liegenschaften erneuert werden.“

In diesem Zusammenhang hatte das Parlament einstimmig den Antrag der Bürgerliste beschlossen, sich über eine zentrale Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften Gedanken zu machen. Dazu gehören etwa die Sport- und Kulturhalle, der evangelische Kindergarten, das Rathaus und zwei städtische Mietshäuser. Interessant sei das Konzept aber auch für das Rote Kreuz als Betreiber des zweiten Kindergartens, des Seniorenwohnheims sowie des künftigen Generationenhauses im Steinweg. Um zu prüfen, ob sich eine Umstellung von eigenen Heizungsanlagen in den Gebäuden auf Nahwärme lohnt, gab die Stadt eine Machbarkeitsstudie bei der Viessmann-Abteilung „Bioenergie-Dörfer und -Systeme“ in Höhe von rund 8000 Euro in Auftrag. Zur Finanzierung erhielt die Stadt aus dem LEADER-Programm der Region Burgwald-Ederbergland eine Fördersumme von 4200 Euro.

„Es handelte sich dabei um eine Voruntersuchung, ob es über-



Die Heizungsanlagen der städtischen Liegenschaften müssen in den nächsten fünf bis zehn Jahren erneuert werden. Daher ist laut Bürgermeister Frank Gleim jetzt ein guter Zeitpunkt, über eine zentrale Wärmeversorgung für die öffentlichen Gebäude in Gemünden nachzudenken. Idealerweise würde die entsprechende Kesselanlage im Bürgerhaus stehen. Foto: Malte Glotz

haupt Sinn macht, sich weiter darüber Gedanken zu machen“, erläutert Gleim. Die Studie ergab anhand zweier sogenannter Referenzpartner – des Bürgerhauses und evangelischen Kindergartens –, dass die Installation einer zentralen Kesselanlage durchaus lohnenswert wäre. Idealerweise würde diese im Keller des Bürgerhauses stehen.

Pellets oder Hackschnitzel?

Die Überprüfung ergab, dass sich eine Umstellung auf Pellets oder Hackschnitzel im Bezug auf die Heizkosten des evangelischen Kindergartens sofort lohnen würde, beim Bürgerhaus bereits nach vier Jahren. Laut Gleim träfe das auf beide möglichen Varianten zu. Das Heizen mit Hackschnitzeln wür-

de allerdings einen logistischen Mehraufwand bedeuten. Im Ergebnis jedoch mache es Gleim zufolge Sinn, „weiter darüber zu befinden“.

Den Beteiligten, die von der Umstellung betroffen wären, wurden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie bereits vorgestellt. „Alle Beteiligten waren interessiert, das weiter zu prüfen“, berichtet Gleim. Während einer gemeinsamen Diskussion seien Detail-Fragen gestellt worden, etwa zur Versorgungssicherheit. „Daraufhin soll die Studie jetzt verfeinert werden“, erläutert Gleim.

Das beinhaltet auch die Frage, welches Kostenmodell das sinnvollere wäre: Möglich wäre zum einen, die Investitionen für die Kesselanlage und das Netz in Höhe von gut 1,2 Millio-

nen Euro selbst zu tätigen, oder alternativ einen sogenannten Contracting-Partner zu wählen. Dieser würde die Kosten für die Errichtung der Anlagen übernehmen. Im Gegenzug erhielte er von den Hauseigentümern das Recht, über einen gewissen Zeitraum die Liegenschaften mit Wärme zu versorgen. Aufgrund der längeren Laufzeit ist der Wärmelieferant dann in der Lage, seine Investitionen in die Heizungsanlagen auf Raten umzulegen.

Entscheidungen stehen an

Darüber müsse erst noch entschieden werden – ebenso über die Frage, für welche Häuser sich eine Umstellung auf Nahwärme tatsächlich lohnen würde. „In Fachwerkhäusern, wo noch

mit Holz geheizt wird, scheinen die Investitionskosten zu hoch, als dass sich das lohnen würde“, sagt Gleim. Der Rathauschef erwartet die nächsten Ergebnisse Anfang 2013. Im Laufe des ersten Halbjahres könne dann über das Nahwärme-Konzept parlamentarisch diskutiert werden.

Käme es zu einem positiven Entscheid, könnten laut Gleim auch die privaten Anlieger gefragt werden, ob sie sich an die Nahwärme-Versorgung anschließen möchten. Außerdem müsste ein verbindlicher Preis für die nächsten Jahre ermittelt werden. Doch so weit ist es noch nicht. Das nächste Ziel ist es dem Bürgermeister zufolge erst einmal, „alle Betroffenen wieder an einen Tisch zu bringen“.